

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit
2-seitig! subjektiver Objektivität



Ausgabe 33 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 01.05.2020

In eigener Sache - Danke

Nach sechs Jahren Stadtratstätigkeit ziehe ich für mich wegen der positiven Begegnungen und neuen Erfahrungen ein positives Fazit, verspürte aber auch wegen der im Vergleich zum Aufwand (in sechs Jahren ~ 1200 Stunden) geringen Möglichkeiten etwas positiv in Buchloe zu verändern, keine Motivation mehr, erneut auf einer Stadtratsliste anzutreten.

Zum Ende meiner Tätigkeit als Stadtrat der Stadt Buchloe möchte ich mich von ganzem Herzen bei einigen persönlich und im Allgemeinen bedanken:

- ✓ Danke an die UBI, welche mir durch einen Platz auf der Stadtratsliste ermöglichte, Stadtrat zu werden.
- ✓ Danke an die Wähler, welche mich in den Stadtrat gewählt haben.
- ✓ Danke an die Stadträte aller Parteien, welche mir beim Einstieg in die kommunalpolitische Tätigkeit über Parteigrenzen hinweg halfen.
- ✓ Danke an die Bürgermeister Josef Schweinberger und Manfred Beck (meinen Sitzungsnachbarn), welche mir in manchem Gespräch Zusammenhänge erklärten.
- ✓ Danke an die wenigen Bürger, welche mir in den letzten sechs Jahren im persönlichen Gespräch ihre Wertschätzung für die Arbeit im Stadtrat entgegenbrachten.
- ✓ Danke an die Stadträte, welche mir mit ihren Diskussionsbeiträgen im Stadtrat klar machten, dass man weder Sachwissen,

noch Informationseifer oder eigene Vorstellungen braucht um jahrzehntelang Stadtrat sein zu können. Wichtig ist die Vernetzung in der Partei.

- ✓ Danke an die Bürger, welche mir vorwarfen „zu denen da oben“ zu gehören und nicht die Interessen der Bürger zu vertreten, weil ich nicht ihre individuellen Ansichten teilte und mich im Stadtrat nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gegen das Gemeinwohl einsetzen wollte. Sie haben mir klargemacht, dass zu viele Buchloer „Ich-Linge“ mit wenig Gemeinsinn sind.
- ✓ Danke an die Bürger und Stadträte, welche aus „Gerechtigkeitsgründen“ die Aussetzung von Regeln und Verordnungen fordern, welche für alle anderen Bewohner galten und weiter angewandt werden. Thema „Ich-Ling“. Manchmal schämte ich mich, auch in ihrem Namen als Bürger im Stadtrat zu sitzen.
- ✓ Ich danke den Bürgern und Stadträten, welche ihre Ahnungslosigkeit und Beratungsresistenz in Sach- und Rechtsfragen schon für eine Meinung bzw. politische Position hielten und mich so lehrten, dass nicht das Gehirn, sondern der Bauch entscheidet.
- ✓ Danke an die UBI, welche mir deutlich klar machte, dass für politische Grundsätze und persönliche Loyalität selbst in der Kommunalpolitik kein Platz ist.

Europäische Leitkultur vs. Deutsche Leitkultur

Die Leitkultur soll dem sich in Europa / Deutschland Aufhaltenden die grundlegenden Werte der Gesellschaft vermitteln. Dies soll aufgrund der Lebensweise ohne Zwang und Gesetz passieren.

Nach Bassam Tibi (basierend auf Habermas) hat die Europäische Leitkultur folgende Inhalte:

- Vorrang der Vernunft vor religiöser Offenbarung,
- Demokratie, die auf der Trennung von Religion und Politik basiert,
- Pluralismus (Vielfalt) und
- Toleranz (Geltenlassen und Gewährenlassen anderer oder fremder Überzeugungen, Handlungsweisen und Sitten.



Bildquelle: curtforcouncil.com

Buchloe hat einen kreativen, selbstbewussten und fleißigen Stadtrat verdient. Das Gemeinwohl ist immer über das Einzelwohl und die Parteiinteressen zu stellen – dafür wurden jetzt wieder 24 Frauen und Männer als Vertreter des Volkes für sechs Jahre bis 2026 gewählt.

Ich wünsche allen neu gewählten Stadträten, dass ihre Begeisterung für Buchloe nicht so schnell in den Stadtratsmühen aufgerieben wird.

Ich wünsche allen wiedergewählten Stadträten, dass sie sich daran erinnern, wofür sie eigentlich gewählt wurden und dass sie sich von der Begeisterung der neuen anstecken lassen.

den zur Grundlage einer angeblichen Kultur zu machen, ist makaber. Wer als Politiker postuliert, der „Islam gehöre nicht zu Deutschland“, dem fehlen mindestens die zur europäischen Kultur gehörende Vernunft, die Einsicht zur Trennung von Staat und Kirche, die Befürwortung von Vielfalt und die Toleranz zum Geltenlassen von Anderem. Wer so spricht ist kein Europäer. Wer kein Europäer ist, kann kein Deutscher sein, da Deutschland in Europa liegt. Wer kein Deutscher ist, darf nach dem Selbstbild dieser Menschen auch keine deutsche Leitkultur fordern. Diesen Nicht-Deutschen ihre Grundrechte, z.B. auf freie Meinungsäußerung zu gewähren, ist Bestandteil der deutschen Leitkultur.

Klimakompensation

Klimakompensation ist ein Instrument zum Klimaschutz, bei dem der durch bestimmte Aktivitäten verursachte Treibhausgas-Ausstoß durch Einsparungen beim Treibhausgas-Ausstoß oder Speicherung in Kohlenstoffsenken an anderer Stelle wieder ausgeglichen werden soll.

Die häufigste Kritik „Eine Änderung des Bewusstseins und des Verhaltens sind wichtiger als Klimazertifikate!“ klingt moralisch absolut überlegen und richtig und ermöglicht es den Kritikern des „Klima-Ablass-Handels“ den moralischen Zeigefinger zum Stinkefinger zu machen. Trotzdem ist diese Sichtweise global nicht zielführend, falsch und sogar kontraproduktiv.

Eine Änderung des Ernährungs-, Mobilitäts- und Energieerzeugungsverhaltens jedes einzelnen Deutschen mag wichtig sein, das Gewissen des Einzelnen beruhigen und ein ganz klein wenig zur Rettung des Weltklimas beitragen. Das Weltklima retten würde aber auch eine Ökodiktatur in Deutschland nicht, denn die Deutschen tragen nur zu 2% zur Klimaerwärmung bei.

Vielmehr kann getan werden, wenn man all die Menschen auf der Welt, welche unseren Lebensstandard erst noch erreichen wollen, dabei unterstützt, auf dem Weg zur einem besseren Leben nicht die gleichen Umweltsünden zu hinterlassen, wie wir. Und hierzu dienen Klima-Zertifikate, mit denen man den Urlaubsflug oder die Kreuzfahrt „klimaneutral“ erleben kann. Ohne Klimazertifikat findet die gleiche Reise trotzdem statt! Mit diesen Zertifikaten werden Aufforstungen, CO₂-reduzierende Technik (z.B. Solaröfen), klimaschonende Arbeitsplätze und Bildung für Kinder und Jugendliche in weniger oder nicht entwickelten Ländern finanziert.

10 Tonnen CO₂ emittiert ein Deutscher (m/w/d) statistisch pro Jahr. Durch neue Kraftwerke, geändertes Mobilitätsverhalten und klimaschonende Ernährung kann dieser Wert auf maximal 8 Tonnen reduziert werden. Das liegt immer noch weit über den global

verträglichen 1,5 - 2 Tonnen CO₂ pro Person. Helfen wir allerdings den ärmeren Menschen der Welt bei der persönlichen Entwicklung hin zu einem besseren Leben so, dass das Klima dabei nur minimal oder gar nicht geschädigt wird, schützen wir das Klima maximal, da der Großteil der Weltbevölkerung ärmer ist als wir. Klimazertifikate (Klima-Kollekte, atmosfair,



myclimate, ...) geben die Möglichkeit, unabhängig von politischer Einflussnahme, direkt vor Ort „am Menschen“ etwas zu bewirken. Außerdem veröffentlichen diese Organisationen Rechenschaftsberichte und legen ihre Kostenstruktur offen – damit kann man überprüfen wie das Geld verwendet wird. 10 Tonnen CO₂ zu substituieren kostet ~230 Euro im Jahr oder 19,17 Euro im Monat. Sollten die Deutschen die Hälfte (5 Tonnen CO₂) ihrer CO₂-Bilanz so ausgleichen stünden knapp 10 Milliarden Euro in Entwicklungsländern für den Klimaschutz zur Verfügung. Das ist das 20-fache des jetzt im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für globalen Umweltschutz zur Verfügung stehenden Geldes und würde jedes Jahr mehr bewirken als jede Maßnahme in Deutschland. Natürlich sollte in Deutschland trotzdem alles Mögliche getan werden um Emissionen zu vermeiden – allein schon aus wirtschaftlichem Interesse. Jede neue, bessere und umweltschonendere Technik sichert Arbeitsplätze und bringt Wettbewerbsvorteile in einer globalisierten Welt. Umwelttechnologie sichert unseren Wohlstand, unseren Sozialstaat und letztlich unsere Demokratie.

2 **Erstmalig, die Premiere – Der zweiseitige Buchloer Hofnarr**



Bildquelle: kielkontrovers.wordpress.com

Tempo 30, eines der Lieblingsthemata der UnnötigeBürgerbegehrenInitiatoren, kann auch bei jedem anderen Sitzungsthema angebracht werden, meint auf jeden Fall der Fraktionsvorsitzende der UBI (früher Unabhängige Bürgerinitiative für Buchloe, Lindenberg und Honsolgen e.V.). In der Stadtratsitzung vom 21.04.2020 ging es um den Bau von gemeindeeigenen Sozialwohnungen und die entsprechenden Anträge und Vorbereitungsaufträge. Thema klar! Scheinbar nicht, denn die UBI hat nur etwas zur Geschwindigkeit auf der anliegenden Kreisstraße (auf der der Buchloer Stadtrat geschwindigkeits-technisch nichts zu sagen hat) beizutragen. Wohnungen schnell erstellen – egal, Tempo 30 ist wichtig! Aber es lohnt sich Tempo 30 näher zu betrachten.

Für wen ist Tempo 30 gedacht?

Natürlich für alle Fremden, welche „unsere Kinder“ durch zu schnelles Fahren gefährden, obwohl die Fremden normalerweise (lt. Aussage eines ehemaligen Bauamtsleiters aus Buchloe) wegen ihrer Ortsunkenntnis angepasst fahren.

Natürlich für alle Nicht-Anwohner, welche die Straße nur selten benutzen, aber in der Wahrnehmung der Anwohner immer rasen.

Für wen ist Tempo 30 nicht gedacht?

Natürlich gilt Tempo 30 nicht für die Anwohner, denn die wissen ja

wie schnell man fahren kann – außerdem sind die hier zuhause und das ist ihre Straße.

Natürlich gilt Tempo 30 nicht für junge dynamische Frauen (besser Mütter), welche den eigenen Nachwuchs befördern und sobald dieser sicher im Auto verstaubt oder im Kindergarten abgegeben ist, auf die Sicherheit anderer scheißen.

Natürlich gilt Tempo 30 nicht für Eltern, welche ihre Kinder aus Sicherheitsgründen zur Schule fahren. Dies kann zur Eltern-Taxi-Stoßzeit in der Münchener Straße schultäglich beobachtet werden.

Um Hauptverkehrsstraßen auf Tempo 30 zu begrenzen, sind besondere Anforderungen zu erfüllen: Schulen, Kindergärten, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern oder der Nachweis eines Unfallschwerpunkts.

Die UBI fühlt zwar sehr gerne Gefährdungen für den Bürger (siehe sinnfreie Querungshilfen an Straßen ohne Unfällen) kann aber an keiner einzigen Straße, für die sie Tempo 30 fordert, den Nachweis von zumindest vereinzelt Unfällen erbringen. Tempo 30 scheint hier ein rein populistisches Instrument aus dem rechtsfreien Raum zu sein – sogenannte Gut-Menschen-Hetzerei.



Bildquelle: upload.wikimedia.org

Die magische Zahl 16

Im Jahre 16 nach Christus waren Sisenna Statilius Taurus und Lucius Scribonius Libo Konsuln des Römischen Reichs.

Drusilla, Lieblingsschwester des Caligula (späterer römischer Kaiser) wurde im Jahre 16 geboren.

Das indische *Ratishastra* (*Die traditionellen Lehren der ehelichen Liebe*) behandelte im Jahr 16 Aspekte der ehelichen Liebe in 272 Versen.

2016 wurde Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt und die Briten entschieden sich für den Brexit.

2016 war der 100. Jahrestag des Beginns der Schlacht um Verdun (im ersten Weltkrieg).

2016 war die 500-Jahr-Feier des bayerischen Reinheitsgebots.

2016 war der Stieglitz Vogel des Jahres und der Stachelbeerspanner der Schmetterling des Jahres und die Winterlinde der Baum des Jahres

In der 95. Sitzung des Buchloer Stadtrats am 28.04.2020 wurde diskutiert, ob 16 Personenkraftwagenstellplätze in einer bestehenden, aber zu erweiternden Wohnanlage wie geplant ihren Stellplatz anfahren sollen. Selbstver-

ständig hatten jene Stadträte Recht, welche sagen, dass die auf diesen Stellplätzen (besser die Fahrer bzw. Fahrerinnen oder Fahrerinnen) abgestellten Autos nach dem Losfahren zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen in der Straße „Am Altensberg“ führen werden.

Ist das den Anwohnern zumutbar? So lautete die alles entscheidende Frage, die sich die Stadtratenden, welche alle über mindestens einen PKW im Haushalt verfügen, nun stellen müssen. Einige Stadträte (Grüne, UBI) halten eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens für nicht oder kaum zumutbar, besonders da sie eine erhöhte Gefährdung der Nichtautofahrer zu erkennen glauben. Wenn 16 Fahrzeuge, wider Erwarten wirklich viermal am Tag den Parkplatz verlassen und zurückkehren, dann wird es 128 zusätzliche Fahrzeugbewegungen täglich geben. Das sind gerundete 5 Autos pro Stunde (auf 24 Stunden bezogen). Natürlich ist diese Berechnung unrealistisch – die Autos werden ja nicht rund um die Uhr bewegt.

Nimmt man den Tagesbereich (7 – 17 Uhr) werden sich pro Stunde ca. dreizehn zusätzliche Fahrzeuge auf der ungefähr 150 Meter langen Straße befinden. Das Überqueren der Straße beziehungsweise das Entlanglaufen an derselben wird für Fußgänger quasi ohne Lebensgefahr nicht mehr möglich sein. Im Begegnungsverkehr (statistisch kommt alle viereinhalb Minuten ein Auto) werden nicht mehr aufzulösende Superstaus entstehen, da es an der Straße eine Engstelle gibt, die nur 4,20 Meter breit ist, also nur von zwei langsam fahrenden sich entgegengerichteten Fahrzeugen unfallfrei bewältigt werden kann. Auf der Straße spielende Kinder (Warum spielen Kinder auf der Straße?) würden Usain Bolt'sche Geschwindigkeiten erreichen müssen um den Autos auszuweichen.

Schließlich hat der Stadtrat die bestehende Planung genehmigt, weil er die 16 Autos für zumutbar hielt.

Nachtrag

Auf besonderen Wunsch eines einzelnen Stadtrats wird nun mit Verspätung ein überaus wichtiges Thema, welches von einer UBI-Stadträtin angesprochen wurde (ich weiß nicht mehr wann), behandelt: Die Urintrennung! Zuerst gilt es natürlich

zu klären, nach welchen Kriterien der Urin zu trennen ist. Soll Männer- und Frauenurin getrennt erfasst werden. Ist der Urin von Jungfrauen von besonderem Wert, da er auf kahle Stellen am Männerkopf aufgetragen, angeblich Haare sprießen lässt? Oder soll der komplette Urin zur Phosphatge-

winnung recycelt werden?

Dürfen Bürger, welche nicht an die Getrenntkanalisation angeschlossen werden, ihren Urin in Kanistern sammeln und am Wertstoffhof abgeben?

Allgemeingültig lässt sich folgende Aussage machen:

Urin lässt sich nicht trennen (lt. Duden). Wer Harn unbedingt trennen will muss Pis-se oder kindgerecht Pi-pi schreiben.



Bildquelle: wikipedia

Stadtrat – ein Ehrenamt!?

Ehrenamt ist im ursprünglichen Sinn ein Engagement in öffentlichen Funktionen, legitimiert durch eine Wahl. Im Allgemeinen wird darunter uneigennütziges Handeln verstanden, bei dem eine Einzelperson oder eine Gruppe freiwillig und unentgeltlich Arbeit leistet. (Quelle: Wikipedia)



Bildquelle: buecherschmaus.wien

Eine Aufwandsentschädigung ist eine Vergütung, die zur Abgeltung von Aufwendungen gezahlt wird, die mit einem Amt oder einer Tätigkeit verbunden sind. (Quelle: Wikipedia) Wie viel verdient ein Stadtrat bzw. welchen Aufwand bekommt er/sie/es ersetzt und verdient er/sie/es das auch?

Das Amt des Stadtrates bzw. der Stadträtin wird ehrenamtlich ausgeübt. Ebenso die Tätigkeit des zweiten und dritten Bürgermeisters. Ein Stadtrat verdient also nichts – er / sie / es bekommt eine Aufwandsentschädigung von 50 Euro pro Sitzung, bzw. 60 Euro wenn die Sitzung länger als drei Stunden dauert. Knapp 20 Euro pro Stunde für ein Ehrenamt, ohne dass ein Aufwand nachgewiesen werden muss. Dem steht ein Mindestlohn von 9,19 € für Beschäftigte gegenüber, welche davon leben

müssen und Sozialabgaben zahlen. Ungefähr 95 Stadtrats- und mindestens 60 Ausschusssitzungen sowie mindestens 70 Fraktionssitzungen (für welche ebenso die Entschädigung gewährt wird, egal ob sie 20 Minuten oder zwei Stunden dauert) kommen so im Lauf einer Sitzungsperiode (6 Jahre) zusammen. So wird dieses Ehrenamt in sechs Jahren mit mindestens 11000 € honoriert.

Aber, wie sagte eine Stadträtin der Grünen bei der Diskussion um die Erhöhung (35 € → 50 €) während der letzten Sitzungsperiode „man nehme ja schließlich auch Tätigkeiten des mittleren Managements war“ – allerdings ohne die Pflicht vorbereitet zur Sitzung zu erscheinen, ohne Haftung und ohne die Möglichkeit, bei schlechter Leistung entlassen zu werden. Parteiunabhängig in sechs Jahren keinen einzigen Antrag zu formulieren, keinen Plan lesen zu können, nur Wortbeiträge anderer zu wiederholen oder Wortmeldungen ohne Sachzusammenhang zu äußern, ist schließlich keine schlechte Leistung. Für diese „Verantwortung“ mit ca. 20 € pro Stunde entschädigt zu werden – nicht schlecht für ein Ehrenamt, aber absolut angemessen für gute Vorbereitung, gute Beiträge und verantwortungsvolles, dem Gemeinwohl dienendes Abstimmungsverhalten